

Heilbronner Stimme vom 08.03.2014

Mehr Realismus

Beim Straßenbau gibt es einen enormen Investitionsstau. Doch nicht jede Kritik ist gerechtfertigt.

Verkehrspolitik ist komplex und ein Minenfeld zugleich. Komplex deswegen, weil Finanzierungswege schwer zu durchschauen sind und zu viele Behörden mitreden. Das zeigt sich beim Vorwurf, Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) habe durch die Zurückweisung von Bundesmitteln beim Straßenbau im Land einen Schaden von 100 Millionen Euro angerichtet. Liegt es an der schlechten Organisation in Hermanns Ministerium? Hat die Straßenbauverwaltung im Land tatsächlich zu wenig Perso-

nal? Oder liegt die Schuld beim Bund, dessen Vergabepolitik den Ländern keine langfristige Planung ermöglicht? Es sind Fragen, die derzeit niemand seriös beantworten kann. Alarmierend ist, dass im Südwesten nahezu 70 Prozent der Bundesfernstraßenprojekte von 2004 zehn Jahre später noch immer nicht umgesetzt sind. Die heutige Opposition hat dazu ihren Teil beigetragen. Zu oft hat sie während ihrer Regierungszeit eine Politik der Spatenstiche betrieben und es mit der Durchfinanzierung nicht so genau genommen. Dazu

wurde schon unter Schwarz-Gelb bei der Straßenbauverwaltung gekürzt. Ein Minenfeld ist der Straßenbau deswegen, weil jeder Bürgermeister, Landrat oder örtliche Landtags- und Bundestagsabgeordnete - egal ob in Konstanz, Mannheim oder Heilbronn - will, dass auf der Straße vor Ort als Erstes die Bagger rollen. Das ist zwar menschlich nachvollziehbar, bei der aktuellen Situation der öffentlichen Haushalte aber absolut unrealistisch.

5

Von Michael Schwarz

Ludwigsburger Kreiszeitung vom 08.03.2014

Geld verschusselt - oder was?

Mindestens 15 Millionen Euro für den Straßenbau hat Baden-Württemberg in Berlin liegenlassen.

Aber warum? Während Verkehrsminister Hermann die Schuld auch bei den Vorgängerregierungen sucht, hält die Opposition den Grünen schlichtweg für unfähig.

Von Bettina Grachtrup

"Wenn ich in die Geschichtsbücher eingeehe, dann deswegen, weil ich als grüner Verkehrsminister einer grün-roten Landesregierung die Misere im Straßenbau beendet habe."

Winfried Hermann Verkehrsminister (Grüne)

Stuttgart. Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Bundesmittel für den Straßenbau sorgt innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller sagte, der Vorgang sei "peinlich und unschön". Ressortchef Winfried Hermann (Grüne) hätte das nicht passieren dürfen. Die CDU hatte dem Minister vorgeworfen, mindestens 100 Millionen Euro ausgeschlagen zu haben. Haller sprach hingegen von einer "Summe von 15 Millionen plus x." Hermann wies den Vorwurf gestern zurück, sein Ministerium habe das Geld leichtfertig beim Bund liegenlassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung.

"Man kann zum Jahresende nicht mal

eben zweistellige Millionenbeträge verbauen", erklärte Hermann. Für neue Bauprojekte habe das Geld nicht verwendet werden können, da der Bund keine weiteren Projekte freigegeben habe. Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vorgeschlagen, wie zusätzliches Geld eingesetzt werden könnte - etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten kreditfinanzierter Altprojekte. Dies habe der Bund abgelehnt. Auch SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte, das CSU-geführte Verkehrsministerium mache eine solide Planung und Vorbereitung durch das Land nahezu unmöglich.

Hermann erklärte, dass der Bund dem Südwesten im vergangenen Jahr 830 Millionen Euro für Bundesstraßen zugeteilt habe. Die Umsetzung dieser hohen Summe habe die Straßenbauverwaltung, die unter CDU-geführten Vorgängerregierungen personell ausgedünnt worden sei, bereits stark beansprucht. Von den 830 Millionen Euro wurden 15 Millionen nicht verbaut, wie Hermann einräumte. Er erklärte dies mit Problemen bei einigen Großbaustellen im Land. Die

15 Millionen Euro flossen zurück an den Bund, in den Topf der sogenannten Ausgleichsmittel, die der Bund dann zum Jahresende kurzfristig den Ländern anbot.

Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im vergangenen Jahr ungefähr 100 zusätzliche Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und im Verkehrsministerium nötig gewesen, um das Investitionsvolumen abzarbeiten. Mittelfristig seien mindestens

200 zusätzliche Stellen erforderlich, um die vom Bund in Aussicht gestellten steigenden Investitionssummen verarbeiten zu können.

Für die beiden CDU-Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle ist die Sache hingegen klar: Minister Hermann sei seiner Aufgabe nicht gewachsen. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und der FDP-Verkehrsexperte Jochen Haußmann bezeichneten die Ausführungen des Ministers als "pure Heuchelei". Nach bald drei Jahren Grün-Rot sei es billig, die Schuld für die Misere bei der Vorgängerregie-

LUDWIGSBURGER
KREISZEITUNG

zung zu suchen. "Der Minister hat stets betont, er würde gerne mehr Projekte realisieren, dies scheitert aber an der Mittelknappheit des Bundes. Bewusst oder unbewusst hat Hermann hier nicht die Wahrheit gesagt." Für den Radverkehr gebe es immer Geld und Kapazität. "Der Straßenbau soll ausgetrocknet werden, weil er nicht ins grüne Weltbild passt."

Hermann beteuerte hingegen, er habe die Straßenverkehrspolitik von Anfang an sehr ernst genommen, weil in Baden-Württemberg rund 80 Prozent des Perso-

nenverkehrs auf die Straße entfalle. Nach 58 Jahren CDU-Regierung befinde sich der Straßenbau aber in einer Misere. Grün-Rot stecke mehr Geld in die Sanierung von Bundes- und Landesstraßen, sei konsequent beim Aus- und Neubau von Straßen und sage deutlich, was gehe und was nicht gehe und habe die Projekte nach sachlichen Kriterien priorisiert.

Für den *Landkreis Ludwigsburg* enthält das Sanierungsprogramm 2014 die Erneuerung des Fahrbahnbelags auf der A81 bei Freiberg. Ebenso saniert werden

die B295 zwischen Ditzingen und Leonberg sowie die B27 zwischen Ludwigsburg-Nord und Bietigheim.

Für dieses Jahr will das Land drei neue Fernstraßenprojekte zur Freigabe beim Bund anmelden: Die B464 Ortsumfahrung Holzgerlingen, die B31 Immenstaad-Friedrichshafen/Waggershausen und die B463 Westtangente Pforzheim. Bei den Landesstraßen wird es hingegen wegen der knappen finanziellen Landesmittel keine Spatenstiche geben.

Mannheimer Morgen vom 08.03.2014

"Hermanns faule Ausreden"

Verkehrsminister Winfried Hermann wehrt sich gegen die Kritik. Bild: dpa
Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz

Stuttgart. Ein Grüner verhindert, dass im Land Straßen gebaut oder saniert werden. Dem Bild, das die Opposition von CDU und FDP von Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann gerne zeichnen, will der Angesprochene mit aller Macht entgegenreten. Alleine bei den Bundesfernstraßen habe das Land 2013 rund 815 Millionen Euro verbaut. Dies sei mehr als in den vielen Jahren, in denen die CDU die Verkehrspolitik gestaltet habe, verteidigt sich Hermann.

Und da sind noch die Vorwürfe, der Grünen-Politiker habe Millionenbeträge nicht abgerufen, die der Bund für den Straßenbau vorgesehen habe. 26 Millionen Euro Investitionsmittel für Bundesfernstraßen habe er zurückgeführt, der Schaden für das Land belaufe sich auf mindestens 100 Millionen Euro, halten die beiden CDU-

Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle dem Minister vor. Hermann verteidigt sich: "Die, die heute das Maul aufreißen, haben früher versagt."

Sicher ist jedenfalls, dass es auf den Straßen im Land einen erheblichen Sanierungstau gibt. Beispiel Bundesstraßen. Für 2014 fließen lediglich 88 Millionen von Berlin nach Stuttgart. In diesem Jahr wird im Land mit dem Bau von nur drei neuen Streckenabschnitten begonnen. Für weitere 17 Straßen, deren Bau bereits begonnen wurde, liege der Bedarf alleine 2014 bereits bei rund 200 Millionen Euro. Darunter befinden sich unter anderem die B-19-Ortsumfahrung in Bad Mergentheim mit Kosten in Höhe von 12,5 Millionen Euro, die B-292-Ortsumfahrung in Adelsheim (29,4 Millionen Euro) und die B-535-Ortsumfahrung Schwetzingen/Plankstadt (65,7 Millionen Euro).

"Wir können nicht jedem alles versprechen", sagt Hermann mit Blick auf die Zukunft. "Der Bund hat uns Fesseln angelegt, was Neubauten angeht",



schimpf er. Es sei allerdings "dreist", Versäumnisse Grün-Rot in die Schuhe zu schieben.

80 Millionen für Ortsumfahrung
Bei den Landesstraßen investiert Grün-Rot 2014 rund 158 Millionen Euro in laufende Maßnahmen. Dazu zählen auch die 80,5 Millionen Euro teure Ortsumfahrung in Schriesheim (L 536) und die L 527 Mosbach-Bergfeld mit Kosten von 1,8 Millionen Euro.

Kein Geld für Bundes- und Landestraßen im Südwesten? Die CDU im Landtag attackiert Hermann heftig. "Wie sich Minister Hermann mit faulen Ausreden aus der Verantwortung stehlen will, ist nicht nur peinlich, sondern eines Ministers völlig unwürdig und für Baden-Württemberg nicht hinnehmbar", sagt Razavi. Hermann liefere gerade mit Blick auf die nicht abgerufenen Mittel den "letzten Beweis, dass er seiner wichtigen Aufgabe als Verkehrsminister nicht gewachsen ist".

Schwäbische Zeitung

Schwäbische Zeitung Biberach vom 08.03.2014

Der Verkehrsminister wehrt sich

Winfried Hermann will es mit seinem Straßenbauprogramm den Kritikern zeigen

Er ist zwar die Zielscheibe beißender Kritik von CDU und FDP und auch Teilen des Oppositionspartners SPD. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) konterte darauf am Freitag mit den für 2014 geplanten Bau- und Sanierungsprogrammen auf den Straßen des Südwestens. Rund 700 Millionen Euro

kommen dabei zusammen. Zugleich forderte er aber vom Bund für die Zukunft verlässlichere Zahlen darüber, welche Mittel das Land tatsächlich erwarten kann. "Es ist doch paradox", sagte Hermann und verwies auf die Finanzplanung des Bundes. 88 Millionen Euro sind darin für den Südwesten für Neu-

baumaßnahmen fest zugesagt. 95 weitere Millionen könnten hinzukommen - vielleicht. Hermann: "Diese Unsicherheit von Jahr zu Jahr muss aufhören."

"Grenzen des Möglichen erreicht"
Baden-Württemberg konnte im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit Langem nicht alle beim Bund für das Land einge-